Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: jeden Montag „Heilkunde", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Chronik „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Blatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus, Hof, Garten"; täglich „Kontrollmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 6 M., Rußland cpl. Postaufschlag; für Groß-Berlin bei tägl. zweim. Zustellung monatlich 2 M., vierteljährlich 6 M. Preis unter Kreuzband monatlich: für Ausland 8 M., für Inland 3.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, Fernspr. Amt Zentrum Nr. 10181-10149, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: 1 Zeile 80 Pf. („General-Anzeiger" und „Wohnungs-Anzeiger" 40 Pf.) Inseraten- und Abonnements-Annahme in der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49 und deren Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 38; Königgrätzer Straße 35/37; Rotenburger Straße 48; Prinzenstraße 41; Kaiserallee 1; Sc. Frankfurter Straße 21; Frankfurter Allee 61/62; Gneisenaustraße 66; Wiener Straße 1/6; Prenzlauer Allee 54; Schönhauser Allee 27; Badstraße 55; Charlottenburg, Kaiserdamm 2, Kantstraße 34, Schlüterstraße 29; Frankfurt a. O., Regierungsstraße 5; Friedenau-Steglitz, Rheinstraße 39; Groß-Lichterfelde-West, Karlstraße 1/3; Potsdam, Grunewald, Hohenzollernplatz; Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129; Pankow, Bornholmer Straße 1; Potsdam, Brandenburger Straße 23; Rixdorf, Berliner Straße 41; Schöneberg, Hauptstraße 22/24, Martin-Luther-Straße 9; Spandau, Berlin-Straße 47; Tegel, Berliner Straße 96; Weißensee, Berliner Allee 32; Wilmersdorf, Uhlandstraße 165/166.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 611
40. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Freitag
1. Dezember 1911

Königl. Bibliothek Berlin

Hierzu die Wochen-Beilage „ULK" No. 48.

Rußlands Vorgehen in Persien.

(Von unserem Korrespondenten.)

L. Teheran, im November.

Im gestrigen Abendblatt haben wir mitgeteilt, daß Rußland ein neues Ultimatum an die persische Regierung gerichtet hat, worin es die Entlassung Morgan Shusters und des Finanzbeamten Lecoffre verlangt und eine Frist von nur 48 Stunden gewährt. Die persische Regierung sollte sich ferner verpflichten, ohne vorherige Einwilligung der englischen und der russischen Gesandtschaft keine Fremden mehr anzustellen und die Kosten der russischen Expedition nach Persien zu zahlen. Daß die englische Regierung mit der russischen gemeinsame Sache macht, geht auch aus den weiter unten mitgeteilten Erklärungen Sir Edward Greys hervor, wobei zu bemerken ist, daß eine Politik der Aufteilung, die gegen die englischen Interessen zu verstoßen scheint, bei einem Teil der englischen Presse auf entschiedenen Widerstand stößt. Die Vorgeschichte dieser Ereignisse, denen man mit äußerster Aufmerksamkeit folgen muß, ist in dem nachstehenden Artikel unseres Teheraner Korrespondenten erzählt. Die Redaktion.

Während der türkisch-italienische Krieg die Gemüter in Spannung erhält, vollzieht sich in Persien beinahe geräuschlos eine Entwicklung, die immer klarer eine Entscheidung à la Tripolitaine voraussehen läßt. Noch mehr wird man dabei an das Schicksal Marokkos erinnert, und es ist begreiflich, daß die Perser diesen Vorgängen mit auffallendem Interesse folgten. Ahnungsvolle Gemüter erblicken darin ein Bild der eigenen Zukunft. Diese trübe Auffassung nimmt vielleicht nach dem Siege der Regierung über den Putsch Mohammed Alis wunder, sie ist aber nicht unberechtigt. Die russische Politik, die eine völlige Niederlage des Erschahs für unmöglich gehalten hatte, erlebte selbst ein böses Fiasko. Die persische Regierung, unterstützt von Morgan Shuster, dem amerikanischen Finanzreformer, von Jefrem, dem Führer der armenischen Freischar, und von dem Bachtiarenchef Serdar Bahador mit seinen braunen Steppensöhnen, war stärker, als Rußland gedacht hatte. Es scheint, daß die russische Politik infolge dieser Erkenntnis sogar für einen Augenblick ins Schwanken geriet und geneigt war, mildere Saiten Persien gegenüber aufzuziehen, zumal die persische Regierung es sich angelegen sein ließ, dem mächtigen Nachbar möglichst entgegenzukommen. Sie gewährte den Russen sogar eine Konzession für die Anlage einer Röhrenleitung von Enseli nach Rescht für den Petroleumtransport.

Indessen schafft die Frage, was nun aus Mohammed Ali werden solle, großes Unbehagen. Er durfte nicht nach Rußland zurück, da man ihn dann kaltstellen mußte, und einen allzeit wertvollen Trumpf gibt man auch im politischen Kartenspiel nicht gern aus der Hand. In Persien konnte er aber seinen Verfolgern in die Hände fallen, die gewiß nicht glimpflich mit ihm umgegangen wären. Als bester Ausweg wurde sein Verbleiben in der Nähe der russischen Grenze bei den Turkmenen gewählt, wo seine Stellung durch Beschaffung von Geldmitteln so weit gestützt wurde, daß er kürzlich schon wieder in der Lage war, die schwachen Regierungstruppen unter Serdar Mohi zu schlagen. Inzwischen hat sich die russische Politik wieder für den alten Kurs entschieden, denn Herr v. Hartwig, der vor drei Jahren russischer Gesandter in Teheran und Mohammed Ali Schahs wichtigster Ratgeber war, ist neuerdings in Petersburg und bleibt seiner früheren Politik treu. Auf seinen Einfluß dürften die neuerlichen Maßnahmen der russischen Regierung zurückzuführen sein: die Einrichtung eines neuen Konsulats in Choi (Aserbeidschan) mit einer Sicherheitswache von 200 Kosaken, Verstärkung anderer Konsulatswachen, Quertreibereien des russischen Konsuls in Rescht, der sich weigert, mit dem neuen persischen Generalstatthalter von Ghilan und Talisch die schwebenden Angelegenheiten russischer Untertanen zu erledigen, und schließlich das Ultimatum des russischen Gesandten an die persische Regierung wegen der Einziehung der Besitzungen der Rebellen Schoaes-Saltaneh und Salar-ed-Dauleh. Da Rußland den genauen Hergang dieser Vorgänge möglichst geheimzuhalten versucht hat, sei er hier kurz wiedergegeben.

Nach ihrem Siege über den Erschah beschloß die persische Regierung, die Güter der beiden Empörer einzuziehen, und machte der russischen Gesandtschaft hiervon Mitteilung mit dem Bemerken, daß sie etwaige Verpflichtungen der bisherigen Besitzer gegen russische Untertanen mit übernehme. Gedacht war dabei an den Fall, daß die Besitzungen an Russen vermietet oder als Sicherheit für Schulden bei der russischen Banque d'Escompte de Perse gegeben seien. Darauf erfolgte von russischer Seite kein Widerspruch. Nur mündlich erwähnte der russische Gesandte Poklewski Koziell, daß der russischen Bank einzelne der genannten Güter für beträchtliche Summen verpfändet seien. Diese Bemerkung wurde von dem persischen Minister des Äußern als Hinweis auf die zu übernehmenden Verpflichtungen aufgefaßt, und der Ministerrat beauftragte Herr Morgan Shuster, den Generalschatzmeister, mit der Einziehung. Während die von ihm abgesandte kleine Abteilung, die bei der Besetzung des in Teheran gelegenen Hauses von Schoa-es-Saltaneh keinen Widerstand fand, mit der Aufnahme des Inventars beschäftigt war, drangen plötzlich zwei Offiziere der russischen Konsulatswache ein, beschimpften die Beamten des Generalschatzmeisters und zwangen sie mit Hilfe von zehn mitgebrachten russischen Kosaken, das Haus zu verlassen. Bei etwaigem Widerstande drohten sie mit Erschießen. Der Generalschatzmeister ersuchte nun den russischen Gesandten um Zurückziehung der Truppen, hinzufügend, daß er am nächsten Tage um 10 Uhr seine Beamten zum zweiten Male schicken werde und hoffe, daß der russische Minister bis dahin alle Schritte getan habe, um einen neuen unliebsamen Zwischenfall zu verhindern.

Das war nun nicht geschehen; aber vor einem Aufgebot von hundert Gendarmen zogen es die Kosaken vor, friedlich abzuziehen. Nach erfolgter Inventuraufnahme blieb eine kleine Wache zurück. Am Nachmittag des folgenden Tages führen die anfangs erwähnten beiden russischen Offiziere vorüber und beschimpften die persische Wache und auch die Regierung. Diese beschwerte sich über das unwürdige Verhalten der beiden Herren und verlangte Genugtuung. Der Bericht darüber ging nach Petersburg — und das Resultat? Nach Ablauf einiger Tage erschien Herr Poklewski im Ministerium des Äußern und gab dem persischen Minister die in dieser Angelegenheit an die russische Gesandtschaft gerichteten Noten zurück mit dem Bemerken, sie seien völlig unstatthaft gewesen; im übrigen verlange er auf formellen Antrag seiner Regierung, daß die persischen Gendarmen sofort aus dem Hause Schoa-es-Saltanehs zurückgezogen würden, und daß ferner der persische Minister des Äußern in der russischen Gesandtschaft einen Entschuldigungsbesuch mache wegen Beleidigung harmlos vorüberfahrender russischer Offiziere. Die Antwort, ob ja oder nein, sei sofort zu erteilen. Man hatte den Spieß einfach umgedreht. Mit Mühe gelang es dem persischen Minister, einen Aufschub von zwei Tagen zu erlangen.

Natürlich sind die Beziehungen beider Länder nunmehr wieder stark gespannt, und es steht zu erwarten, daß Rußland eine Politik dauernder Schikanen treiben wird, um schließlich genügend Gründe für eine Besetzung nicht nur Aserbeidschans, sondern auch der beiden kaspischen Provinzen Ghilan und Talisch an der Hand zu haben. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, gewinnen die Unterstützung des Erschahs und das Verhalten des russischen Konsuls in Rescht eine besondere Bedeutung. Was auch immer an Behauptungen in bezug auf die Zustände in den genannten Provinzen durch die russische Presse in Umlauf gesetzt werden wird, man kann überzeugt sein, daß sich die persische Regierung die größte Mühe gibt, allen berechtigten russischen Wünschen nachzukommen, und dabei auf der Gegenseite leider nicht immer den guten Willen vorfindet, den ihre ehrlichen Absichten verdienen.

Sir Edward Grey über die Lage in Persien.

Englisch-russische Verhandlungen. — Die „Unabhängigkeit Persiens". — Kein englischer Widerspruch gegen die Entlassung Shusters.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

β London, 30. November.

Der Abgeordnete Wedgwood fragte den Sekretär des Äußern, ob die Regierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Möglichkeit einer gemeinsamen Unterstützung Shusters in Verhandlung getreten sei. Grey erklärte, daß dies nicht der Fall sei. Wedgwood fragte weiter, ob Grey diesen Morgen in der Presse das der persischen Regierung überreichte Ultimatum gesehen hätte, und ob er die Vereinigten Staaten unterstützen würde, wenn sie in Aktion träten. Grey erwiderte, daß er später eine Erklärung abgeben werde. Der radikale Abgeordnete Ponsonby fragte hierauf, ob mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die persische Regierung in zwei Fällen den Forderungen der russischen Regierung nachgegeben und neue Forderungen von der russischen Regierung formuliert worden seien, sich der Aufenthalt der russischen Truppen in Persien rechtfertigen lasse.

Sir **Edward Grey** erwiderte: „Die russische Regierung hat neue Forderungen aufgestellt. Es wird dem Hause klar sein, daß, obwohl wir nicht direkt in die Inzidenzfälle verwickelt sind, welche die Krisis zwischen Rußland und Persien herbeigeführt haben, die direkte oder indirekte Wirkung des Vorgehens Rußlands möglicherweise eine sehr ernste Wendung nehmen kann. Wir sind mit der russischen Regierung über diesen Punkt in Verbindung getreten und haben über den temporären und vorläufigen Charakter der getanen Schritte Zusicherungen erhalten. Was die Ursachen anlangt, durch welche die gegenwärtige Situation entstanden ist, so beabsichtige ich nicht, mich über die Energie und die guten Absichten Shusters zu äußern. Sein Bestehen darauf, britische Untertanen auf die administrativen Posten in Nordpersien zu setzen, hat seine Situation unmöglich gemacht. Wir können ihn natürlich nicht unterstützen, da er unsere Ratschläge verworfen hat. Die Anstellung von Ausländern ist immer als ein mögliches Mittel angesehen worden, fremden Einfluß einzuführen, und wird, wenn sie ohne Beratung mit der britischen und russischen Regierung fortgeführt wird, immer zu politischen Störungen Anlaß geben und der Unabhängigkeit Persiens hinderlich (!) sein. Die gegenwärtige Krisis macht es dringend erforderlich, irgendeine Lösung in Teheran zu finden, die die Gefahr eines Wiederkehrens von Inzidenzfällen verhindert, welche die Beziehungen der englisch-russischen Abmachung zu stören imstande sind. Es ist der ernste Wunsch beider Regierungen, zu verhindern, daß die Abmachung beeinträchtigt werde. Ich zweifle nicht, daß eine Lösung gefunden werden wird. Aber wie das am besten im Einverständnis mit der russischen Regierung geschehen kann, das beschäftigt die Aufmerksamkeit Seiner Majestät Regierung in ernster Weise. Ich kann eine definitivere Erklärung nicht abgeben, obwohl wir bereits mit der russischen Regierung in Verbindung stehen und fortfahren werden, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um eine Erledigung der Frage im besten Interesse der drei Länder herbeizuführen."

Die Erklärung Greys wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Auf weitere Fragen Morels, ob die russische Regierung die Entlassung Shusters verlangt, ob die persische Regierung sich geweigert hätte, diese Forderung zu erfüllen, und ob die britische Regierung der persischen Regierung in dieser Angelegenheit ihre Unterstützung geben würde, erwiderte Grey: „Die erste Frage ist zu bejahen. Hinsichtlich der zweiten habe ich nicht gehört, daß die persische Regierung irgendwelche Antworten auf die russische Forderung gegeben hat. Die Frage hinsichtlich des dritten Punktes ist zu verneinen."

Die Front gegen rechts!

Zu unseren Kundgebungen für die „Front gegen rechts!" haben wir die nachstehenden beiden Zuschriften erhalten, die wir hier gern veröffentlichen:

Sie haben neulich in einem vortrefflichen Artikel auf die bl[illegible] schwarze Allianz und deren gefährliche, [illegible]isch vorzügliche [illegible]bindung bei den Wahlen und Wahlagitationen hingewi[illegible] demselben Blatt fand sich ein Bericht über eine Wählerversam[illegible] Dessau, wo der Landtagsabgeordnete Cohn und der freisi[illegible]didat Professor Preuß nahezu ausschließlich gegen die „so[illegible] demokraten und deren Kandidaten Wolfgang Heine donn[illegible] — das heißt gegen die Bundesgenossen im Wahlkampf „ge[illegible] rechts!" und in demselben Blatte der Bericht über die freisi[illegible] Wählerversammlung, wo wiederum nur gegen die Sozialdemokraten geredet und gekämpft wurde. Das ist doch der reine Selbstmord für die links stehenden Parteien. Vielleicht mac[illegible] Sie mit Ihrer ausgezeichneten Klarheit auf die große Gefahr a[illegible] merksam, welche eine Folge dieses Vorgehens ist.

Ich sehe ab von der Verstimmung der Parteien, die eine Folge [illegible] Gegäckes sein muß — viel wichtiger ist folgendes: [illegible] erfordert sehr große Arbeit, sehr großen Aufw[illegible] sehr große Mittel. Man muß alle unnütze [illegible] und Energieaufwand, wie auch Mittel find[illegible] und vielen anderen Wahlkreisen vergeud[illegible] Sitze der Sozialdemokraten handelt; in [illegible] Wahlkreise sicher. Ob im sechsten Wa[illegible] ein Sozialdemokrat gewählt wird, ist [illegible] allen solchen Kreisen — und deren Zahl [illegible] lasse man der bisherigen Partei den Be[illegible] sich doch um Erringung der Mehrheit [illegible] Seite. Aber alle Kraft, alle Mitt[illegible] man auf die zweifelhaften, von [illegible] Wahlkreise. Ich muß sagen, für die A[illegible] kreisen würde ich keinen Pfennig de[illegible] stellen, und sehr viele andere Wähler [illegible]

Also Einigung mit der sozialdemokratie [illegible] tung über die gegenseitige Unterstützung [illegible] wissermaßen in festen Händen sind, desgle[illegible] bei vereinter Operation gegen [illegible] gewonnen werden können. Man sollte [illegible] geschehen ist. Ich stehe außerhalb der Poli[illegible] etwas längst Geleistetes vor — aber die Be[illegible] Sorge gemacht. (Leider mit Recht! [illegible]

Die Siege in Ostpreußen, Konstan[illegible] die Konzentration gewonnen [illegible] wird solche Konzentration nicht [illegible] groß. Desto mehr Sor[illegible] werden, allen unnütz[illegible] meiden. Wenn man fort[illegible] demokratie zu bekämpfen und [illegible] werden wir am 13. Januar [illegible] furchtbaren Katzenj[illegible]

Unter unserer Land[illegible] ein bedeutungsvoller [illegible] glaubten die mittleren [illegible] allein durch die konse[illegible] vertreten werden könn[illegible] in Zukunft noch meh[illegible] und die rechtsstehend[illegible] die Interessen der pr[illegible]